

// Im Blickpunkt



Durch die Erhöhung der gesetzlichen Einlagensicherung auf 50 000 Euro zum 30.6.2009 bzw. sogar auf 100 000 Euro ab 31.12.2010 sind die Banken gefordert, erhöhte Beiträge für eine Mitgliedschaft in einer Entschädigungseinrichtung zu entrichten (vgl. dazu auch die Meldung unten auf dieser Seite). Aufgrund dessen haben auch sie zwischenzeitlich ein Interesse an einer Reform des zersplitterten deutschen Einlagensicherungssystems, wie sie grundsätzlich von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück befürwortet wird. Mit Plänen zur Reform des Einlagensicherungsfonds befasst sich derzeit eine Arbeitsgruppe beim Bundesverband deutscher Banken (BdB). Erwogen wird nicht nur eine Senkung der Haftungsgrenzen pro Kopf, sondern auch eine Beschränkung der Absicherung auf Privatanleger.

Dr. Martina Koster, Ressortleiterin Wirtschaftsrecht

Entscheidungen**BGH: Ausschluss eines Mitglieds aus der Genossenschaft**

Der BGH hat mit Beschluss vom 27.4.2009 – II ZB 16/08 – entschieden, dass ein Rechtsstreit um die Wirksamkeit des Ausschlusses eines Mitglieds aus einer Genossenschaft in der Regel vermögensrechtlicher Natur ist.

Volltext des Beschl.: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-1929-1 unter [www.betriebs-berater.de](#)

BGH: Zum Gutgläubensschutz bei Leistung des Drittschuldners nach Insolvenzverfahrenseröffnung

Mit Urteil vom 16.7.2009 – IX ZR 118/08 – hat der BGH entschieden: Ist nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens zur Erfüllung einer Verbindlichkeit an den Schuldner geleistet worden, obwohl die Verbindlichkeit zur Insolvenzmasse zu erfüllen war, so wird der Leistende nicht befreit, wenn er zu einer Zeit, als er den Leistungserfolg noch zu verhindern vermochte, von der Verfahrenseröffnung Kenntnis erlangt hat.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-1929-2 unter [www.betriebs-berater.de](#)

BGH: Eingriff in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb durch E-Mail-Werbung – Foratis

Mit Beschluss vom 20.5.2009 – I ZR 218/07 – hat der BGH entschieden: Bereits die einmalige unverlangte Zusendung einer E-Mail mit Werbung kann einen rechtswidrigen Eingriff in das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb darstellen.

Volltext des Beschl.: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-1929-3 unter [www.betriebs-berater.de](#)

BGH: Unlautere Werbung für die Vermittlung des Erwerbs einer Vorratsgesellschaft – Winteraktion

Der BGH hat mit Urteil vom 2.7.2009 – I ZR 147/06 – entschieden: Eine Werbung für die Vermittlung des Erwerbs einer Vorratsgesellschaft, bei der den als Vermittlern angesprochenen Rechts-

anwälten, Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern für die Vermittlung die Teilnahme an einem Gewinnspiel mit einem attraktiven Gewinn (hier: Smart-Cabriolet) angeboten wird, ist unlauter i. S. von §§ 3, 4 Nr. 1 UWG.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-1929-4 unter [www.betriebs-berater.de](#)

OLG Zweibrücken: Durch Täuschung veranlasster Fondsbeitritt rechtfertigt fristlose Kündigung der Beteiligung

Das OLG Zweibrücken hat mit Urteil vom 26.6.2009 – 4 U 124/08 – entschieden: Die hinter einem geschlossenen Immobilienfonds stehenden, personell eng verflochtenen Initiatoren handeln arglistig, wenn sie im Emissionsprospekt verschweigen, dass einer von ihnen ein zum Fondsvermögen gehörendes Grundstück erst kürzlich erworben und mit nicht unerheblichem Aufschlag an den Fonds weiterveräußert hat. Dies gibt dem Anleger aber nur ein Recht zur außerordentlichen Kündigung seiner Beteiligung und einen Anspruch auf Auszahlung eines etwaigen Abfindungsguthabens.

Volltext des Urteils: [// BB-ONLINE](#) BBL2009-1929-5 unter [www.betriebs-berater.de](#)

Gesetzgebung**Wesentliche Bestimmungen des ARUG in Kraft getreten**

Am 1.9.2009 sind wesentliche Bestimmungen des ARUG in Kraft getreten. So erhalten Aktionäre börsennotierter Gesellschaften künftig mehr Informationen aus dem Unternehmen: Die Gesellschaften müssen in Zukunft alle für die Hauptversammlung relevanten Unterlagen auf ihren Internetseiten veröffentlichen. Zudem können Aktionäre aktiv an der Hauptversammlung teilnehmen – per Online-Zuschaltung, Stimmabgabe per Briefwahl oder auf elektronischem Weg. Zudem soll das Gesetz missbräuchliche Klagen so genannter „räuberischer Aktionäre“

bekämpfen, die lediglich die Unternehmenspolitik stören wollen.

➔ Vgl. dazu demnächst den Beitrag von Drinhausen

Banken leisten höheren Beitrag zur Einlagensicherung

Gleich drei Verordnungen sind am 26.8.2009 in Kraft getreten, die festlegen, dass sich der Beitrag von Banken und Finanzinstituten zur Einlagensicherung und der Anlegerentschädigung in Deutschland erhöht. Neben der gesetzlichen Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH (EdB) gibt es die Entschädigungseinrichtung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH (EdÖ) und die Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen (EdW). Für jede Einrichtung greift eine entsprechende Verordnung.

(Quelle: BMF online vom 26.8.2009)

Gesetzentwurf zur Rettung systemrelevanter Banken

Am 26.8.2009 wurde in Berlin der Entwurf eines neuen Gesetzes vorgestellt, das die Reorganisation systemrelevanter Kreditinstitute bei nachhaltiger Sicherung der Finanzmarktstabilität ermöglicht. Das Gesetz sieht eine deutliche Erweiterung der Eingriffsbefugnisse der Bankenaufsicht BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) vor, um Krisenbanken frühzeitig stabilisieren zu können. Wichtigster Punkt: Die vorgesehenen Maßnahmen liegen unterhalb der Schwelle einer Enteignung.

(Quelle: PM BMJ und BMF online vom 26.8.2009)

Neue „Kronzeugen“-Regelung in Kraft getreten

Am 1.9.2009 ist eine neue Strafzumessungsregel in Kraft getreten. Bei Straftätern, die zur Aufklärung oder Verhinderung von schweren Straftaten beitragen, können Richterinnen und Richter die Strafe künftig mildern oder ganz von Strafe absehen.

(Quelle: PM BMJ vom 31.8.2009)